

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02 28) 21 9038/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, mahnt den Türkei-Bericht der Bundesregierung an: Was läßt Genscher zögern? Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier MdL befürwortet Arbeitszeitverkürzung für Männer und Frauen: Zwischen Arbeit und Familie. Seite 2

Klaus Immer MdB wirft der EKD-Kammer vor, eine Kluft zwischen Kirche und Arbeitnehmern aufgerissen zu haben: Naive Ideologie. Seite 5

Klaus Matthiesen MdL zieht Bilanz aus elf Jahren Stoltenberg-Regierung: Ökonomisch verengte Pro-blemsicht. Seite 6

Helmuth Secker MdB stellt eine lobenswerte Aktion vor: Deutsche Kinder helfen polnischen Kindern. Seite 8

37. Jahrgang / 211

5. November 1982

Was läßt Genscher zögern?

Die Bundesregierung bleibt Türkei-Bericht schuldig

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Immer noch steht der Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung in der Türkei aus, der als Grundlage für die Entscheidung des Auswärtigen Ausschusses, des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Freigabe der für 1982 vorgesehenen Soforthilfemittel für das Land dienen soll. Es bestand Übereinstimmung, daß der Bericht unmittelbar nach der Sommerpause dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden sollte. Mit Schreiben vom 26. Oktober 1982 hatte ich im Auftrag der SPD-Bundestagsfraktion diesen Bericht angemahnt.

Am 7. November 1982 wird das türkische Volk über den von der Militärregierung vorgelegten Verfassungsentwurf abstimmen.

Es sind schwerwiegende Bedenken an der Eignung dieses Verfassungsentwurfs angebracht, die Rückkehr zur Demokratie zu fördern. Es scheint sich mehr um den Versuch zu handeln, die türkische Militärregierung über das Referendum nachträglich zu legitimieren und ihre Herrschaft durch Bestimmung von General Evren zum Staatsoberhaupt zu stabilisieren.

Lange Übergangsfristen bis zur Neuwahl eines Staatsoberhauptes, erhebliche Beschränkung für die Tätigkeit politischer Parteien, beschränkte Rechte für ehemalige demokratische Politiker und Gewerkschaften, bedenkliche Einschränkungen für die Freiheit der Presse; dies schafft kein Vertrauen über die Absicht einer Rückkehr zu wirklich demokratischen Verhältnissen.

Um so wichtiger wird damit der Türkei-Bericht der Bundesregierung. Der Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit haben einen Anspruch darauf, daß Bundesaußenminister Genscher sein Versprechen zur Vorlage eines Türkei-Berichts jetzt endlich einlöst.

Was läßt Herrn Genscher so lange zögern. (-/5.11.1982/bgyc/a)

+ + +

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Kreisfreie Zeitung  
mit amtlicher Bezeichnung  
Bonnenspiegel



Zwischen Arbeit und Familie  
-----

Arbeitszeitverkürzung nutzt Männern und Frauen

Von Inge Wettig-Danieleimer MdL

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Den Wert "Solidarität" in die Diskussion über mögliche Wege zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit einzubringen, ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Man sollte sich jedoch davor hüten, lediglich die Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen zu meinen und die Verpflichtung der Arbeitgeber, ebenfalls ihr Teil zur Lösung dieser Probleme beizutragen, außen vor zu lassen.

Der Wertewandel, die geänderte Einstellung des Einzelnen zu Arbeit und Freizeit, ist keineswegs unumstritten. Fest steht auf jeden Fall, daß sich die konkreten Arbeitsbedingungen in den letzten 30 Jahren deutlich verändert haben; zum Beispiel das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit: Standen bei einem erwerbstätigen Mann Mitte der 50er Jahre im Jahresdurchschnitt einer Stunde Erwerbsarbeit 2,9 Nicht-Arbeitsstunden gegenüber, so hatte sich dieses Verhältnis 1980 auf 1 zu 4,1 erhöht. Um das geänderte Gewicht der Erwerbsarbeit im Leben dieses Menschen zu werten, muß man hinzunehmen, daß der durchschnittliche junge Arbeiter zwei Jahre später mit der Arbeit beginnt, daß die Arbeitnehmer drei Jahre früher in Rente gehen und sich die Lebenserwartung um circa drei Jahre erhöht hat.

Auch die Entlohnung für geleistete Arbeit ist gestiegen. Das Realeinkommen eines vierköpfigen Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen hat sich seit Mitte der 50er Jahre verzweieinhalbfacht. Dabei mußten Mitte der 50er Jahre 60 Prozent des Einkommens für die unmittelbare Reproduktion, Essen, Trinken, Wohnen aufgewandt werden, heute nur noch 40 Prozent; für regelrechte Freizeitgüter werden heute 14 Prozent des Einkommens ausgegeben. Das heißt, die Zeitspanne der Nicht-Erwerbstätigkeit hat sich erheblich vergrößert, aber auch die finanziellen Möglichkeiten, diese freie Zeit aktiv zu nutzen, sind gestiegen.

Damit geht die Möglichkeit einher, die Erwerbsarbeit als einzigen sinngebenden Mittelpunkt des Lebens abzulösen und daneben die Sinnerfüllung in anderen gesellschaftlichen Aktionsfeldern zu suchen. Zwar hat die SPD durch die Anstrengungen zur Humanisierung des Arbeitslebens richtige Wege gewiesen; aber sie hat übersehen, daß die Entwicklung über diesen einzigen Lebensmittelpunkt Arbeit hinausgegangen ist und die Humanisierung des entfremdeten Arbeitslebens nicht ausreicht, um die Frage nach einem sinnvollen Leben zu beantworten.

Die höhere Bewertung sozialer Beziehungen kann sich der Arbeitnehmer von heute leisten, ohne sich total infrage zu stellen. Auch die höhere Bewertung von Familienleben durch Männer, die ihren deutlichen Ausdruck in der wachsenden Zahl von Vätern findet, die im Konfliktfall Kinder für sich erstreiten wollen, ist Ausdruck dieser Veränderung. Die Antwort eines jungen Mannes auf eine Interviewfrage macht das deutlich: "Kinder? - ja, aber nur, wenn ich als Vater die gleiche gesellschaftliche Anerkennung habe, wie eine Mutter! Das Kind braucht den Vater nicht nur als Geldverdiener!"

Dennoch wird gerade hier die Grenze deutlich. Arbeit hat zwar als Lebensmittelpunkt Konkurrenz bekommen, füllt aber immer noch einen so großen Teil des Tages eines arbeitenden Menschen aus, daß eine Identitätsbildung nicht losgelöst von der Arbeit erfolgen kann. Das Engagement für Familie und Gesellschaft muß zurückstehen. Identitätsbildung allein oder vorrangig über sinngebende gesellschaftliche Tätigkeit neben dem Beruf müßte zum psychischen Konflikt führen. Damit bleibt die Identitätsfindung über Erwerbsarbeit gesellschaftlich höherrangig.

Der Versuch der Arbeitgeber, insbesondere aber auch großer Teile der CDU und der wirtschaftsliberalen FDP, über die Verknappung der Arbeit, durch den Druck der Arbeitslosigkeit alte Arbeitstugenden wie den ungefragten Gehorsam zurückzugewinnen, geht an den gesellschaftlichen Realitäten vorbei, widerspricht aber auch den entwickelten Produktivkräften. Der Arbeiter von vorgestern kann die Technik von heute nicht beherrschen. Deshalb würde auch die Arbeitszeitverkürzung Arbeitgeberinteressen am ehesten entsprechen: Die steigende Produktivität würde die zusätzlichen Nebenkosten für die Beschäftigung einer größeren Zahl von Arbeitnehmern aufwiegen. Die veränderte Arbeitsmoral, der ver-

antwortend fragende Arbeiter entsprechen dem erreichten Stand der Produktivkräfte; aber auch der soziale innere Friede ist notwendige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt mit oder ohne Wachstum.

Schamhaft verschwiegen, mit wenigen Nebensätzen statistisch interpretiert wird die gewandelte Rolle der Frau in der Arbeitswelt, obwohl das veränderte Erwerbsverhalten der Frauen den Arbeitsmarkt in vielfältiger Weise verändert hat. Die Tatsache, daß Frauen zum Zwecke des Bortwerbs arbeiten, ist nicht neu, schon über die Ehe Luthers heißt es bei Barbara Beuys: "Wenn er sie vor vielen Zuhörern seine 'Herrin' nannte oder seine Briefe an seinen 'Herrn Doktor Käthe' adressierte, dann drückte sich darin nicht Ironie, sondern Hochachtung aus. Ohne die Arbeit und das Organisationstalent seiner Frau wäre die Familie Luther nicht satt geworden:... Käthe wußte Rat und tat, was schon viele Ehefrauen in den Jahrhunderten zuvor praktiziert hatten: Sie wurde berufstätig." Das heißt sie eröffnete eine Pension für dreißig Gäste und Studenten, daneben betrieb sie Acker- und Weinbau. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie war damals kein Problem, denn wenn die Mutter außer Haus war, beaufsichtigte Martin Luther die Kinder. "Wenn ich sitze und schreibe, so singt er (Johannes) mir ein Liedlein daher..."

Mit dem Auseinanderfallen von Lebens- und Arbeitsstätte wurden die Probleme größer und die Frauen gaben soweit wie möglich ihren außerhäuslichen Beruf während der Ehe auf; die Arbeiterin möglichst nach der Geburt des ersten, jedenfalls des zweiten Kindes, um das Familieneinkommen dann mit Heimarbeit oder Gelegenheitsarbeiten zu ergänzen. Seit dem Ersten Weltkrieg wandelt sich die Situation der berufstätigen Frau, insbesondere mit der Verbesserung der Geburtenkontrolle und Veränderung der Lebenserwartung ergibt sich für die Familie eine neue Perspektive, die allerdings erst allmählich zu veränderten Wertvorstellungen führt. Der Nationalsozialismus unterbrach diese Entwicklung. Das Alter bei der Erstheirat sank von rund 27 auf 23 Jahre. Während früher die Frau bei der Geburt ihres letzten Kindes rund 40 Jahre alt war und bereits mehr als zwei Drittel ihres Lebens hinter sich hatte, ist die Frau heute bei der Geburt ihres letzten Kindes 27 Jahre alt und hat noch etwa zwei Drittel ihres Lebens vor sich.

Imhof, der in seinen Forschungen zur historischen Demographie feststellt, daß die Menschen heute mit der Mentalität von gestern leben, schreibt dazu: "Über lange Zeiträume hinweg reichte die durchschnittliche Lebensspanne heiratender Frauen gerade aus, um die gesellschaftlich 'benötigte' Zahl von überlebenden Kindern auf die Welt zu bringen und sie bis ins relativ sichere Erwachsenenalter groß zu ziehen. Das eigene Leben ging zu Ende, wenn das Letztgeborene 'flügge' geworden war." Heute ist die Hausfrau mit 40/45 Jahren auf einen Zwei-Personen-Haushalt verwiesen, in der Regel ohne wirtschaftliche Sorgen aber auch ohne sinnvolle Tätigkeit. Imhof bezweifelt, ob es sich eine Gesellschaft leisten kann, auf fünf Millionen Menschen im besten Alter zur Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben zu verzichten.

Insbesondere in den letzten zehn Jahren haben Frauen den ihnen demographisch zugewachsenen Spielraum mehr und mehr genutzt. Das Reformklima der SPD/FDP-Koalition hat sie ermutigt, ihren Anspruch auf Gleichstellung in der Gesellschaft und im Arbeitsleben anzumelden. Während bei den Männern durch verlängerte Bildungszeiten und Herabsetzung des Rentenalters die Erwerbsquote gesunken ist, stieg sie bei Frauen, obwohl Frauen in vergleichbarem Maße Bildungseinrichtungen besucht und vorgezogene Renten in Anspruch genommen haben. Der Zuwachs der Erwerbsbeteiligung von Frauen beruht allein auf dem wachsenden Interesse der verheirateten Frauen, auch derjenigen mit Kindern, an der Berufstätigkeit. Die Hälfte aller verheirateten Frauen ist erwerbstätig und von den Frauen mit drei oder mehr Kindern ist es immer noch gut jede Dritte. Die Erwerbsbeteiligung der 25- bis 40jährigen Frauen hat im vergangenen Jahrzehnt um zehn Prozent zugenommen; sie liegt heute bei den 30- bis 40jährigen Frauen bei 56 Prozent.

Die gewandelten Vorstellungen und Lebensperspektiven werden sehr deutlich in der Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts über "Mädchen 82" vom September dieses Jahres.

Die Untersuchung stellt fest, daß für die 15- bis 19jährigen Mädchen die Verwirklichung ihres Berufswunsches an erster Stelle steht. Um dieses Ziel zu erreichen, informieren sich Mädchen besser als Jungen, sie nehmen die Berufsberatung stärker in Anspruch, sie bewerben sich häufiger. Gleichzeitig wünschen sich 83 Prozent dieser Mädchen - unabhängig von ihrer sozialen Lage - daß Beruf und Familie für Frauen ohne Doppelbelastung vereinbar sein sollen. Noch 1964 hatte Elisabeth Pfeil festgestellt: "Bei den 23jährigen treffen wir kaum Frauen, die ihr Leben als Ganzes entworfen haben, die zum Beispiel sehen, daß eine Zeit kommen wird, wo die Kinder sie nicht mehr brauchen."

Der Lebensentwurf dieser Frauen umfaßte die voreheliche Berufsarbeit, Ehe und Kinder, er endete mit 45 Jahren bei einer Lebenserwartung von 70. Die jungen Frauen heute wissen, was sie wollen; wie sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie jedoch erreichen können, wissen sie nicht. Nur fünf Prozent glauben, daß sie gerne mit der Berufstätigkeit aufhören werden, um sich für eine gewisse Zeit der Familienarbeit zu widmen.

Die Gesellschaft bietet den Mädchen und Frauen keine Möglichkeit, ihre Lebensvorstellungen zu verwirklichen. Die von der CDU angebotene "Wahlfreiheit" gibt es nicht; und mochte der bewußt auf eine außerhäusliche Arbeit verzichtende "Hausmann" Matthias Claudius zu seiner Zeit noch öffentliche Anerkennung gewinnen können; heute ist der Hausmann eine ebenso in ihrem Selbstwertgefühl eingeschränkte Person wie die Hausfrau.

Das Drei-Phasen-Modell: Beruf - ausschließliche Konzentration auf die Familie - Wiedereintritt in den Beruf ist eine Lösung, die die Ungleichheit der Frauen dauerhaft fest-schreibt, denn selbst kurze Unterbrechungen der Berufstätigkeit führen bei Frauen häufig zu Berufswechsel, und zwar zumeist auf einen minderbezahlten und schlechter qualifizierten Arbeitsplatz. Das gleiche gilt für die Teilzeitarbeit, wobei auch die sozialdemokratische Partei die Warnung von Wissenschaftlern ernst nehmen sollte, daß hier entsolidarisierende, lohndrückende flexible Arbeitszeitmodelle mit Frauen erprobt, vielleicht aber schon bald auch auf andere Arbeitnehmergruppen ausgedehnt werden könnten. Die Abwehrhaltung der Gewerkschaften ist nur zu unterstützen!

Merkwürdigerweise werden allgemeine Arbeitszeitverkürzungen heute nur ungerne im Zusammenhang mit dem Anspruch der Frauen auf Selbstverwirklichung durch Berufsarbeit bei gleichzeitiger Sinnverwirklichung von Eltern durch gelebte Familie diskutiert. Dabei ist die Frage der Arbeitszeitverkürzung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine sehr alte. Um die Jahrhundertwende wurden die Aufsichtsbeamten der Gewerbeämter über ihre Meinung zu einer möglichen Kürzung der Arbeitszeit befragt. Aus Baden-Württemberg wurde gemeldet, in der Arbeiterschaft sei "das Verlangen nach Familienleben erstarkt. Kommt die Frau früh nach Hause, dann hat sie noch Lust und Kraft zur Arbeit". Der Bericht erwähnt auch, daß der "viel kräftigere Mann" sich vor solcher Hausarbeit in der Regel drücke. Aus Dresden wird gemeldet, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für die Familie einen "sittlichen Gewinn" haben würde. Die Beamten empfehlen allerdings wegen der "Drückbergerei" der Männer vor Familienpflichten eine Arbeitszeitverkürzung vorrangig für Frauen.

Wenn heute in Umfragen zur Arbeitszeitverkürzung Frauen vor allem den Wunsch nach Verkürzung der täglichen, Männer dagegen eher den Wunsch nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit sowie nach mehr Urlaub äußern, so kommen darin bei allen Einstellungsänderungen immer noch verschiedene Wertvorstellungen zum Ausdruck. Der Vater will das Recht auf Familie am Wochenende als Freizeitgestaltung verwirklichen, die Mutter will oder muß die Pflicht, für die Familie zu sorgen, jeden Tag erfüllen.

Die dennoch feststellbaren veränderten Vorstellungen zur Lebensverwirklichung von Männern und Frauen drängen auf Veränderung der Arbeitszeiten. Wenn Frauen mehr in den Beruf, Männer mehr zur Eigenarbeit drängen, so ergreifen sie damit die durch den technischen und biologischen Fortschritt eröffneten Möglichkeiten. Dabei würden Frauen von einer Verkürzung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit doppelt profitieren. Durch die beschäftigungspolitischen Auswirkungen, das heißt ein größeres Angebot an Arbeitsplätzen ergäben sich für sie, die in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bessere Aussichten auf eine Arbeitsstelle. Gleichzeitig käme diese Form der Arbeitszeitverkürzung aber auch dem Erfordernis nach besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie entgegen. Es wäre für eine demokratische Gesellschaft unerträglich, wenn die Konflikte des Arbeitsmarktes mit der Ideologie von vorgestern auf dem Rücken der Betroffenen gelöst würden.

Das Verlangen, den Marktkräften wieder mehr Raum zu geben, bedeutet auch, der Machtstellung des Stärkeren voll zum Durchbruch zu verhelfen. Mit Konsequenzen für die Arbeitszeitpolitik: Ausweitung der tatsächlichen Arbeitszeiten bei Vollzeitarbeitnehmern, Ausnutzung der Abhängigkeit der Frauen bei den Flexibilisierungsstrategien und weitere Freisetzung von arbeitswilligen Frauen. Diese Politik muß von Sozialdemokraten und Gewerkschaften bekämpft werden. Im wohlverstandenen Gesamtinteresse müßte sie auch von Arbeitgebern bekämpft werden. Dabei sollte eine gestaltende Politik an veränderten Wertvorstellungen anknüpfend die neuen alten Werte der Gleichheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität für alle, Männer und Frauen, in den Mittelpunkt rücken.

(-/5.11.1962/ks/ca)

Naive Ideologie

EKD-Kammer reißt Kluft zwischen Kirche und Arbeitnehmern auf

Von Klaus Immer MdB

Synodaler der 5. Tagung der 6. Synode der EKD

So gut und richtig es ist, daß sich die 6. Synode der EKD vom 7. bis 12. November 1982 in Berlin-Spandau mit dem Thema "Sinn und Wandel der Arbeit in der Industriegesellschaft" befaßt, so unverständlich ist es, wenn sich die Kammer für soziale Ordnung noch vorher mit einer "Studie zur Arbeitslosigkeit" zu Wort meldet. In der Sozialpolitik engagierte Synodale müssen dies als Bevormundung und eine Vorwegnahme empfinden.

Man wird den Eindruck nicht los, daß diese Studie die Linie festzulegen versucht, die auf der Synode gefahren werden soll. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, daß diese Studie mit vielen Worten und ständig wiederholten Argumenten die Lösung des Problems einseitig bei der Arbeitnehmerschaft sucht.

Der Verdacht scheint nicht unbegründet, daß hier der neuen Opferstrategie der christlich-liberalen Bundesregierung Flankenschutz gewährt werden soll. Der neue Arbeitsminister ist verständlicherweise schnell auf diesen Zug aufgesprungen.

Diese Behauptung bedarf natürlich der Begründung. Wer sich von der ersten bis zur letzten Zeile durch das Wortgestrüpp hindurchgearbeitet hat, wer nicht gleich vor der fremdwörterströtenden Ausdrucksweise, die kein Betroffener Arbeitnehmer verstehen kann, kapituliert hat, der hat sehr schnell die Kernaussagen erkannt. Es ist dem Christen, der die Einstellung des Alten und Neuen Testaments zum Konflikt zwischen Arm und Reich, zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus der Bibel kennt, unbegreiflich, mit welcher theologischen Unbekümmertheit die Verfasser einen "salto morale" schlagen und das Zeugnis der heiligen Schrift umkehren. Um es auf eine Formel zu bringen: Nur durch die Solidarität der Armen kann das Problem der Arbeitslosigkeit bewältigt werden. Den Reichen sind ohnehin die Hände gebunden. Sie müssen verdienen, weil sie es verdienen. Wie anders soll man es verstehen, daß offenbar die Arbeitgeber gehindert sind, Arbeitnehmer in ihren Betrieben zu halten, da ihr "Entscheidungsspielraum" (These 90) durch arbeitsrechtliche Bestimmungen begrenzt sei. Dabei stellen sie doch in der Regel ihre Belegschaften vor vollendete Tatsachen.

Von möglichen Einkommensverzichteten ist bei den Forderungen an die Kapital- und Arbeitgeber nicht die Rede; eine Ergänzungs- oder eine Arbeitsmarktabgabe wird nicht einmal erwähnt. Demgegenüber soll der Arbeitnehmer verzichten (These 94). Offenbar wissen die Verfasser nicht, daß es neben Akademikern auch noch Arbeitnehmer gibt - und das ist die Masse -, die mit einem Monatseinkommen von brutto unter 1.500 DM auskommen müssen. Diesen soll Lohn- und Renten-Verzicht zugemutet werden, während den Unternehmern staatliche Hilfen in Aussicht gestellt werden (These 97). Offenbar wird die Mitbestimmung als Investitionshemmnis angesehen. Sie wird in der Studie mit keinem einzigen Wort erwähnt! Doch ohne sie würde es mehr Arbeitslosigkeit geben, ohne sie könnte die Bewältigung der Strukturkrise im Montanbereich überhaupt nicht bewältigt werden. Aber möglicherweise haben die Verfasser auf die Erörterung dieser Frage verzichtet, um nicht innerhalb der Kirche Farbe bekennen zu müssen.

Es werden zwar "gute und fruchtbare Kontakte zu den Arbeitnehmerorganisationen..." für "wichtig" gehalten (These 160); aber die Mitgliedschaft kirchlicher Mitarbeiter etwa in der ÖTV ist bekanntermaßen verpönt! Die Verfasser erheben den Anspruch, "weil ihre Hoffnung (das heißt die der Kirche) nicht von dieser Welt ist", "die Fragen des modernen Menschen von besonderer Warte aus..." sehen zu dürfen. Wie kommen sie dann eigentlich dazu, ausgerechnet und nur den "Un-Sozialstaat" Japan (Thesen 30, 92) als Beispiel herauszustellen, der im Übrigen gerade jetzt in eine Krise rutscht. Es ist bedauerlich, daß die besondere Warte gekennzeichnet ist durch eine naive Ideologie, die dem Frühkapitalismus entlehnt zu sein scheint, die aber auf keinen Fall durch das Zeugnis der Bibel gedeckt ist. Diese Studie ist für die Beratungen der Synode in Berlin nicht hilfreich, aber sie wird dazu beitragen, die Kluft zwischen Kirche und Arbeitnehmerschaft wieder aufzureißen. Und das ist gerade in dieser kritischen Zeit fatal. (-/5.11.1982/ks/ca)

+ + +



## Ökonomisch verengte Problemsicht

## Stoltenberg hinterließ eine Minus-Bilanz

Von Klaus Matthiesen MdL

SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Schleswig-Holstein

Nach gut elf Jahren hat Gerhard Stoltenberg endlich die politische Bühne in Schleswig-Holstein verlassen. Endlich, weil spätestens sein Eintritt als Vizekanzler in das Schattenkabinett Strauß in der Bundestagswahl 1980 klar machte: Für einen Mann "seines Formats" ist unser schönes Schleswig-Holstein ein viel zu kleines Wirkungsfeld: Unter Helmut Kohl die Staatsfinanzen zu sanieren und mit dem Wirtschaftsgrafen Seite an Seite die verhängnisvollen Fehler zu korrigieren, die der politisch wenig durchsetzungsfähige Graf Lambsdorff offensichtlich in seiner sozialliberalen Amtszeit nicht verhindern konnte - das ist schon eine Aufgabe für einen Mann wie Gerhard Stoltenberg. Es lohnt sich also, in dieser Situation Bilanz zu ziehen, was Gerhard Stoltenberg am 26. Mai 1971 nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten für unser Land tun wollte.

1. Der Abbau der überdurchschnittlich hohen Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein. Bilanz nach elf Jahren: Der Landeshaushalt 1983 ist nahezu manövrierunfähig. Die Netto-Neuverschuldung ist 90 Millionen DM höher als 1982, 1,36 Milliarden DM stehen für Investitionen zur Verfügung. Fast eine Milliarde DM mehr muß das Land für den Schuldendienst aufbringen, davon allein 928 Millionen DM für Zinsen.
2. 40.000 neue Arbeitsplätze seien mittelfristig nötig, um Vollbeschäftigung zu sichern. Dabei komme neuen Arbeitsplätzen in der Unterelbregion - und über das Programm Nord der Entwicklung des Landesteils Schleswig - besondere Bedeutung zu.

Bilanz nach elf Jahren: Heute spricht die Landesregierung von der Aufgabe, 85.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schließung der Kali-Chemie-Werke, die Probleme der Chemischen Werke Müls zu Brunsbüttel beweisen: Das ehrgeizige Industrieansiedlungsprojekt Brunsbüttel hat von den erwarteten 5.000 bis 6.000 industriellen Dauer-Arbeitsplätzen lediglich 2.000 gebracht. Und das mit einer unverantwortlich hohen öffentlichen Zuschussung. Erst der vor wenigen Wochen abgegebene Bericht der Landesregierung über die wirtschaftliche Lage im Landesteil Schleswig belegt, daß der Verlust von Arbeitsplätzen nicht aufgehalten werden konnte: Arbeitslosigkeit und Ausbildungsplatznot sind dort nachweisbar am größten.

3. Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Kommunen.

Bilanz nach elf Jahren: Zweimalige Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs zur Sanierung des Landeshaushalts. Die durch politische Mehrheitsverhältnisse bedingte (Städte als Hochburg der Sozialdemokraten) traditionell schlechte Finanzausstattung der großen Städte unseres Landes hat jetzt selbst die nach der Kommunalwahl erstarkten CDU-Fraktionen in den Städten zu den heftigsten Kritikern der Landesregierung werden lassen.

4. In der Schulpolitik versprach Stoltenberg: "Notwendige Innovationen im Bildungsbereich mit Nachdruck zu fördern, die Nöte des Schulwesens von heute nicht zu übersehen" mit dem Ziel "Freiheit durch Bildung" zu gewährleisten.

Bilanz nach elf Jahren: Die Gesamtschule ist auf der Strecke geblieben. In der Unterrichtssituation hat sich nach elf Jahren immer noch nichts geändert. In der Versorgung mit Grund- und Hauptschullehrern liegt Schleswig-Holstein nach wie vor an letzter beziehungsweise vorletzter Stelle unter den Bundesländern. In keinem anderen Land wird die Orientierungsstufe so sehr als negatives Ausleseinstrument gehandhabt, wie bei uns. Die sinnvolle Integration von behinderten und nichtbehinderten Kindern in der Grundschule, obwohl von den Betroffenen gewünscht, wurde verhindert.



Ein Schulgesetz gängelt Eltern, Lehrer und Schüler mehr als es zur pädagogischen Zusammenarbeit ermutigt. Schülerzeitungen werden insgesamt die Zuschüsse gestrichen, nur weil sie sich nicht der Landesregierung gegenüber willfährig zeigen und einige wenige SDAJ-Zeitungen aus dem Verband ausschließen.

Konservative Politik à la Stoltenberg hat sich beschränkt und beschränkt sich weiterhin auf eine ökonomisch verengte politische Problemsicht, über die dann die Einheitssoße konservativer Familien- und Heimat-, Spar- und Hausvaterideologie klebrig-süß drübergegossen wird.

Mehr als alles andere zeigt das seine "Dialogbereitschaft mit der Jugend". Stoltenberg 1971: "Heute verlangen viele junge Menschen nach mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Demokratie in Gesellschaft und Staat. Hier geht es nicht um ein apodiktisches Entweder-Oder, um opportunistische Anpassung der Alten oder Jungen, sondern um die richtige Zuordnung der verschiedenen Wert- und Zielvorstellungen im intensiven Dialog. Dies erfordert eine ständige intensive geistige Auseinandersetzung, intellektuelle Redlichkeit, kritische Diskussion und zugleich auch menschliches Verständnis. Angesichts der weitverbreiteten Verständigungsschwierigkeiten müssen wir uns alle fragen, ob dieser Dialog in den Familien, den Schulen und Hochschulen, in den Parteien, in Kirchen, Verbänden und an den Arbeitsplätzen bisher immer mit der notwendigen Intensität geführt wurde."

Was damals für die Nachwehen mit der APO galt, gilt heute für den Dialog mit den Grün-Alternativen; unabhängig davon, welche politischen Forderungen damals und heute erhoben werden.

Nie kommt Konservativen der Gedanke, man habe Politik in der Sache zu korrigieren, die Kritiker könnten in der Sache Recht haben: Dialog bedeutet für sie bestenfalls: Solange auf Kritiker einreden, bis sie stumm sind. Wenn nicht, hat man ja immer noch administrative Mittel: siehe Anwendung des Extremistenerlasses durch die Landesregierung.

Nein, elf Jahre Regierungszeit Gerhard Stoltenberg in Schleswig-Holstein sind bei aller Achtung vor dem zumindest seit dem Brokdorf-Eklat von 1976 moderaten Ton dieses Ministerpräsidenten, bei aller im Vermittlungsausschuß gezeigten Bereitschaft zum gesamtstaatlichen Kompromiß keine landespolitische Empfehlung für Bonn.

Mit seinem Nachfolger, Dr. Dr. Uwe Barschel, steigt ein forscher rechtslastiger Politikertyp der Jungen Union zum Ministerpräsidenten auf, von dem man nur eines aus den letzten Jahren weiß: Wann immer schul-, außen- wie innenpolitisch stramm rechte Töne in der schleswig-holsteinischen CDU zu erwarten waren, Uwe Barschel war bereits in der Öffentlichkeit tätig. Wann immer es darum ging, die menschliche Qualität des politischen Gegners herabzusetzen - auch dafür war sich Uwe Barschel nie zu schade.

Und selbst ein Stoltenberg-Bewunderer wie der FAZ-Kolumnist Friedrich-Karl Fromme kann Uwe Barschel kaum etwas abgewinnen: "Manche in der CDU wollen Barschel als einen neuen, jüngeren Stoltenberg sehen. Das täte beiden unrecht. Barschel ist weniger beachtsam als Stoltenberg, er ist flinker, begeht Fehler (was eine Stärke und eine Schwäche ist), er kann provozieren, was Stoltenberg sich versagt, er ist kaum ein Volksmann, was auf eine komplizierte Weise Stoltenberg doch ist: und wäre es einfach deshalb, weil er Ministerpräsident ist." Angesichts dieser Sach- und Personalsituation bleibt mir zu fragen:

Ist es wirklich nur der Berufsoptimismus des Oppositionsführers, wenn ich sage: Aus dem Personenwechsel vom 15. Oktober wird der Regierungswechsel - am 13. März oder wann immer in den Wochen darauf ein neuer Landtag gewählt wird! (-/ 5.11.1982/hi/ca)

+ + +





Deutsche Kinder helfen polnischen Kindern

-----  
Eine lobenswerte Aktion verdient Unterstützung

Von Helmuth Becker MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

"Deutsche Kinder helfen polnischen Kindern" lautet das Motto einer Aktion, die in diesen Tagen anläuft. Sie soll helfen, die nach wie vor bittere Not in Polen, unter der vor allem die Kinder zu leiden haben, zu lindern. Ziel der außergewöhnlichen Hilfsaktion ist es, Lebensmitteltransporte zusammenzustellen, die den Ärmsten der Armen, nämlich speziell Kindern und Jugendlichen in Heimen, zugute kommen sollen.

Finanziert wird das Unternehmen durch den Verkauf von Aufklebern, die für eine Deutsche Mark erworben werden können. Der Entwurf des Aufklebers stammt von dem inzwischen in der Bundesrepublik lebenden polnischen Regisseur Alfred Ledwig, der durch zahllose Kinderfilme bekannt wurde. Die von ihm geschaffenen Figuren Bolek und Lolek kennt in Polen jedes Kind. Gerade deshalb hat sich Ledwig für die beiden Jungen als Symbol für die Aufkleber entschieden, die den Schriftzug tragen "Solidarität - Deutsche Kinder helfen polnischen Kindern".

Das Hilfsprogramm geht auf eine Eigeninitiative engagierter junger Deutscher und polnischer Aussiedler im Kreis Lüdenscheid zurück. In monatelanger Kleinarbeit haben sie die Organisation für die Aktion aufgebaut. Sie wenden sich vor allem an die jungen Menschen in unserem Land, Solidarität mit den Kindern und Jugendlichen in Polen zu üben. So sollen insbesondere auch Schulen, Kindergärten, Jugendheime und Jugendorganisationen angesprochen werden, beim Vertrieb der Aufkleber zu helfen. Die Kultusminister aller Bundesländer werden darüber hinaus von den Organisatoren gebeten, mitzuhelfen, daß diese Aktion ein möglichst großer Erfolg wird.

Träger des Projektes ist der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Kreisdekanat Altena-Lüdenscheid. Für die Schirmherrschaft konnte die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Annemarie Renger, gewonnen werden, die damit auch ein Zeichen der Anerkennung für das beispielhafte Verhalten junger Bürgerinnen und Bürger setzen wollte.

Das durch den Verkauf der Aufkleber eingehende Geld wird in vollem Umfang für die Lebensmitteltransporte eingesetzt. Da alle Arbeiten ehrenamtlich verrichtet werden, entstehen keine zusätzlichen Verwaltungskosten. Ein Kuratorium wird über die Verwendung der Gelder wachen.

Um zu gewährleisten, daß die Lebensmittel dem ihnen zugedachten Zweck zugeführt werden, wurden Absprachen mit dem Bischof von Kattowitz getroffen, der die Verteilung auf polnischer Seite organisieren wird.

Ihre Unterstützung der Aktion haben bereits zugesagt:

Deutsche Pfadfinderschaft, Essen  
Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V.  
Deutsche Jugend in Europa, Bonn  
Philatelisten-Jugend e.V., Lüdenscheid  
Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG), Hamburg  
pax christi, Frankfurt  
das polnische Pianisten-Duo Marek & Vacek  
der zweifache polnische Olympiasieger im Dreisprung (1960 und 1964) Josef Schmidt  
(heute in Lüdenscheid lebend).

Die Initiatoren der Aktion appellieren an alle: "Uns geht es darum zu helfen. Jede Organisation, jeder Verband, kurz: jeder, der uns unterstützen will, ist uns herzlich willkommen."

Aufkleber zum Preis von DM 1,- können bestellt werden bei:  
"Deutsche Kinder helfen polnischen Kindern", Bund der Deutschen Katholischen Jugend,  
Postfach 1906, 5880 Lüdenscheid. (-/5.11.1982/bgy/ca)